

Druck für die Auto-Industrie

Bundestagswahl. Der Grünen-Spitzenpolitiker Jürgen Trittin im TAGBLATT-Gespräch über Verbrennungsmotoren, Koalitions-Aussagen und die AfD.



„Nach der Wahl wird man über Inhalte verhandeln.“: Jürgen Trittin in der TAGBLATT-Redaktion. Foto :Haas

Jürgen Trittin hat einen vollen Terminkalender. Gestern gab er in Reutlingen Interviews, gemeinsam mit der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke, danach war er in Tübingen: auf WG-Besuch mit Diskussion und bei einer "Town-Hall"-Veranstaltung im Museum, wo das Publikum die Themen bestimmt (Bericht folgt). Ein Wahlkampftermin jagt den nächsten - und am Montag wird der Göttinger Abgeordnete neben den Fraktions-Reaktionen auf die Bundestagswahl noch den Endspurt im niedersächsischen Landtagswahlkampf vorbereiten, wo am 15. Oktober Neuwahlen sind. "Und am Abend habe ich Theaterkarten. Ich war wegen des Wahlkampfs lange nicht mehr im Theater."

Wird nun ab Montag über eine Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen verhandelt? Alle Parteien, sagt Trittin, hätten angesichts des sich abzeichnenden Sechs-Parteien-Parlaments Koalitionsaussagen vermieden. Die FDP als denkbarer Koalitionspartner sei in vielen Fragen gegenteiliger Auffassung. Deren Forderung nach einem Hochwährungsraum für Europa beispielsweise komme der alten Programmatik der AfD unter dem später ausgestiegenen Bernd Lucke nahe und sei wirtschaftsfeindlich.

"Nach der Wahl wird man über Inhalte verhandeln", sagt Trittin und zählt die 10 Punkte auf, welche die Grünen fordern. Darunter ist beispielsweise das Aus für die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke und der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2030.

"Bisher fehlt der Druck", sagt Trittin. "Der Autoindustrie muss man richtig Beine machen." Eine Entschädigung für die Manipulationen an vielen Diesel-Fahrzeugen helfe nicht: Man müsse die Autos in einen Zustand bringen, dass die Grenzwerte eingehalten würden. Doch das Problem sei grundsätzlich: "Wenn Sie einen Diesel schadstofffrei machen, frisst das den Effizienz-Vorteil", weiß der ehemalige Bundesumweltminister - der selbst gar keinen Führerschein hat. Er sei eben immer in der entsprechenden Lebenssituation gewesen, begründet Trittin seine Abstinenz - "wenn ich irgendwann in eine Land-WG gezogen wäre, hätte ich auch einen Führerschein gebraucht."

Spricht man ihn auf den Tübinger OB Boris Palmer an, sagt Trittin: "Wir müssen nicht immer streiten. Er macht eine gute Kommunalpolitik" - wie Fritz Kuhn in Stuttgart und Dieter Salomon in Freiburg. Alles andere sei "Teil seines Marketingkonzeptes, um Aufmerksamkeit zu gewinnen".

Über Kanzlerin Angela Merkel spottet Trittin, sie sei "die geborene Große Koalition". Als Merkel 2015 die Grenzen für Flüchtlinge öffnete, vertrat sie grüne Positionen - und sie hat zuletzt die Abstimmung für die Homo-Ehe ermöglicht. Die Grünen hätten bei solchen Punkten aus der Opposition heraus die Kanzlerin zu einer 180-Grad-Wende gezwungen, meint Trittin: "Ohne die Grünen gäbe es das nicht."

Doch ganz so positiv falle die Bilanz von Merkel auch nicht aus. Die Bundesrepublik habe in zwölf Merkel-Jahren die Waffenexporte nach Saudi-Arabien verzwanzigfacht. Jedes fünfte Kind in Deutschland sei heute von Armut bedroht, 40 Prozent der Bevölkerung verdienten hier weniger als vor 20 Jahren. Und seit neun Jahren habe die Regierung den Ausstoß der Treibhausgase nicht mehr gesenkt, zuletzt sei dieser sogar gestiegen.

Die Menschen blieben bei Merkel, sagt Trittin, weil die Kanzlerin berechenbar und verlässlich sei - ganz wie der grüne Regierungschef Winfried Kretschmann in Stuttgart. Das sei in diesen Zeiten, wo weltweit die rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien erstarken, hierzulande für viele wichtig.

Die Erfolge von Trump, Orban und Co. sieht Trittin als eine Reaktion auf die lange vorherrschende neoliberale Doktrin, die für einen schwachen Staat und eine entfesselte Wirtschaft steht. Da suchten die Menschen Sicherheit - und zwar in nationalen Parolen.

Wie aber soll man mit der AfD umgehen? "Korrekt und hart", sagt der Grünen-Politiker. Man dürfe sie nicht "institutionell diskriminieren", müsse sie aber hart kritisieren. Und ihre Argumente widerlegen. Von wegen, dass die AfD für mehr Beteiligung stehe: "Die wollen wesentliche Teile der Bevölkerung von der Beteiligung am politischen Geschehen ausgrenzen."

Freilich sei die AfD keine Protestpartei: "Die geben Überzeugungen wieder." Schon in den 1990ern habe eine Studie gezeigt, dass 10 bis 15 Prozent der deutschen Bevölkerung eine nationalistische und teils rassistische Grundeinstellung hätten. Deshalb, so Trittin, genüge es nicht, zu enthüllen, dass Anhänger der AfD keine Demokraten seien: "Man muss sich mit diesen Überzeugungen auseinandersetzen."

Besagte 10 bis 15 Prozent seien bislang nicht zur Wahl gegangen, analysiert Trittin. Oder sie hätten Union gewählt - und in Ostdeutschland teils auch die Linke. Diese "Bindewirkung" sei in den Zeiten der Großen Koalition nicht mehr da. Nun würden viele von ihnen für die AfD stimmen, sagt Trittin. "Aber es ist mir lieber, sie gehen wählen. Danach müssen sie sich dem öffentlichen Diskurs stellen."

